Revision der Raumplanung

Mit der Teilrevision des kantonalen Gesetzes zur Ausführung des Bundesgesetzes über die Raumplanung (kRPG) will man die heutigen Instrumente der vorhandenen kantonalen Raumplanung überprüfen, eine Anpassung an die neuen Herausforderungen erreichen und vor allem auch die Verfahren vereinfachen und schneller machen. Darin sind sich alle einig. Differenzen bestehen insofern, als der Staatsrat im operativen Bereich die Kompetenz für die Erarbeitung und die Anpassung des kantonalen Richtplans erhalten soll. Eintreten (2. Lesung) ist mit 83 Ja, 35 Nein und 7 Enthaltungen unbestritten.

Eine Netzgesellschaft

Der Betrieb der überregionalen Verteilnetze wird innerhalb des Kantons seit fünf Jahren durch eine einzige Betriebsgesellschaft gewährleistet. Das Dekret lief im Januar 2014 ab. Das Departement hatte laut Staatsrat Jean-Michel Cina geplant, dem Grossen Rat im 2. Quartal 2014 einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der auch die Frage der einheitlichen Verteilgesellschaft behandeln würde. Eine parlamentarische Initiative der CSPO, Linksallianz, FDP/Liberale und SVPU fordert nun mehr Tempo, will ein Gesetz über die kantonale Netzgesellschaft für die überregionalen elektrischen Verteilnetze.

Die Spital-PUK

Dem 13-köpfigen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Spital Wallis gehören mit Reinhold Schnyder (Linksallianz), Urs Kuonen und Aron Pfammatter (CVPO), Irmina Imesch-Studer (CSPO) und Patrick Hildbrand (SVPO) fünf Oberwalliser Abgeordnete an. Hildbrand soll Vizepräsident werden, als Präsident ist Xavier Mottet (FDP/Liberale) nominiert.

Ja zu Jugendeinrichtung

Der Bau der Jugendeinrichtung Mattini in Brig-Glis ist unbestritten. In einer ersten Etappe wird die Jugendeinrichtung 16 geschlechtergemischte Wohn-, Lern- und Beschäftigungsplätze bieten. Die gesamten Kosten belaufen sich auf rund zehn Millionen Franken. Der Kanton Wallis übernimmt 4,6 Millionen Franken.
Das Zentrum für Beherbergung und Beschäftigung von Personen mit einer psychischen, somatischen, sozialen oder suchtbedingten Störung in Saxon wird für 15 Millionen Franken erweitert. 11,3 Millionen Franken übernimmt der Kanton.

GROSSRAT HEUTE

Heute wird das Parlament rund drei Dutzend parlamentarische Vorstösse und zwei GPK-Berichte behandeln. Kanal9 ab 9.00 Uhr.

Kantonsfinanzen | Das Parlament ist fürs Sparen und wehrt sich gegen neue Steuern

Die Regierung im Gegenwind

SITTEN | Für das Sparpaket (PAS 1) der Regierung hagelte es Kritik.

Mit der ersten Phase der Prüfung der Aufgaben und Strukturen des Staates (PAS 1) will die Regierung jährliche finanzielle Mittel in der Grössenordnung von 72 bis 75 Millionen Franken verfügbar machen. Der Staatsrat will auch strengere Kriterien bei der Behandlung der Motionen anwenden und eine parlamentarische Beurteilung der finanziellen Auswirkungen der Motionen verlangen.

«Ein Blindflug»

Die Linksallianz ist gegen das Dekret. Sie wird gemäss German Eyer nicht eintreten. Man habe sich immer gegen Steuersenkungen gewehrt. Das Dekret ist ein «Blindflug». Er erwähnt die Erhöhung der Eigenmietwerte für die Zweitwohnungen oder die Sparübungen in der Bildung. Er will die letzte Steuererleichterung sistieren. Auch Georges Schnydrig (CSPO) kann keinen roten Faden erkennen. Die Gemeinden werden einmal mehr zur Kasse gebeten. Er stellt sich auch die Frage, warum der ETH-Campus-Kredit nicht gestoppt wird. Jérôme Buttet (CVPU) verweist auf das veränderte finanzpolitische Umfeld.

«Zu klein, zu spät»

Beat Rieder (CVPO) findet einmal mehr klare Worte: «Zu klein, zu spät.» Die CVPO habe vor mehr als zwei Jahren Sparmassnahmen gefordert. Man will das Paket zwar unterstützen, auch wenn eine klare Linie fehlt. Auch Rieder wehrt sich gegen eine Erhöhung des Eigenmietwertes für Zweitwohnungen. Das Wallis hat ein Ausgaben- und ein Personalproblem, deshalb muss das Massnahmenpaket 2 vorgezogen werden. Ein Mittel wäre auch eine Steueramnestie, die im ersten Jahr zusätzliche Einnahmen von 80 Millionen Franken bringen würde. Franz Ruppen (SVPO) anerkennt die Anstrengungen der Regierung. Er wünschte sich weitere Sparmassnahmen statt neue Steuern. Er hat grosse Erwartungen in die zweite Phase und ist gegen eine Erhöhung des Eigenmietwertes für Zweitwohnungen. Er wehrt sich auch gegen einen Maulkorb für das Parlament.

Christophe Clivaz (FDP/Liberale) fordert gar eine Überarbeitung des Budgets 2014. Es sei ungesund, per Dekret zu regieren. Motionen und Postulate sollen nicht «eingefroren» werden. Für David Théoduloz (CVPM) stellt sich die Frage: «Leben wir, wie wir es uns nicht leisten können?» Er spricht sich ebenfalls gegen die Eigenmietwerterhöhung aus. Er mahnt aber vor übergrosser Eile. Gaël Bourgeois (Linksallianz) erwartet mehr Ernsthaftigkeit der Regierung. Der Staatsrat hält sich nicht an die Beschlüsse des Parlaments.

Für Marylène Volpi Fournier (Grüne) werden Massnahmen mit einer «unglaublichen Brutalität umgesetzt». Sie ist gegen Eintreten. **hbi**

Klare Worte. Laut Beat Rieder (rechts, neben Parteikollege Philipp Matthias Bregy) hat der Kanton Wallis ein Ausgaben- und kein Einnahmeproblem. FOTO WB

Parlament will keinen «Maulkorb»

Finanzminister Maurice Tornay weist darauf hin, dass die Finanzen kompliziert werden. Gerade jetzt seien aber Parlament und Regierung gefordert. Überall würden die Kosten steigen. Weniger als 300 Franken müsste ein Zweitwohnungsbesitzer mehr Steuern zahlen. Das wäre nur die Streichung eines Rabattes. «Es braucht Massnahmen. Auch die staatlichen Aufgaben und das Personal müssen durchleuchtet werden», betonte Tornay. PAS 1 sei nicht übereilt. Es gehe auch darum, den Grossen Rat zu informieren, was bei den Budgetberatungen auf ihn zukomme.

Wichtig sei es, Prioritäten zu setzen. Die Aussetzung der Fondsspeisungen sei nur für drei Jahre. Mit 106 Ja gegen 18 Nein und einer Enthaltung stimmte man für Eintreten auf PAS 1. Auf die Änderung des Gesetzes über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte wurde mit 103 Ja gegen 22 Nein ebenfalls eingetreten. Vom Tisch ist hingegen der Beschluss über die Aussetzung parlamentarischer Vorstösse. Mit 72 Nein gegen 52 Ja und einer Enthaltung wurde Eintreten abgelehnt. Das Parlament will sich also keinen Maulkorb verpassen...

GKAI | Eintreten auf das neue Gesetz ist unbestritten

«Intelligenter Kompromiss»

SITTEN | Das GKAI hat die erste Hürde genommen. Statt Kritik gab es vor allem Lob.

Das Gesetz über die Krankenanstalten und -institutionen (GKAI) hat zum Ziel, eine Qualitätspflege für alle Patienten anzubieten und gleichzeitig die Kostenkontrolle sicherzustellen. Die Grundversorgung in den drei Regionen des Kantons, die Zweisprachigkeit für zentralisierte Leistungen, die Koordination zwischen den Pflegeerbringern sowie die Verstärkung der Verfahren in Bezug auf Qualitätskontrolle sollen im neuen Gesetz verankert werden.

HMS nicht um jeden Preis

Für Irmina Imesch-Studer (CSPO) geht das Gesetz in die richtige Richtung. Sie zeigt sich aber besorgt, was in der Expertise von Professor Jean-Jacques Houben drinsteht. Es braucht auch keine hoch spezialisierte Medizin um jeden Preis. Im Grundsatz sei er mit dem neuen Gesetz zufrieden, meint Reinhold Schnyder (Linksallianz). Er kritisiert, dass man Sitten zu einem Kantonsspital machen will. Es besteht die Befürchtung, dass in der Peripherie, also im Oberwallis, abgebaut werden wird. Bernard Rey (FDP/Liberale) stellt fest, dass alle nur in Nebenpunkten mit dem Gesetz nicht zufrieden sind. Man soll dem Gesetz also zustimmen.

Lob gibt es auch von Patrick Hildbrand (SVPO). Er spricht von einem kohärenten Projekt, das alle Interessen unter einen Hut bringt. Das Gesetz bringt aber zu viel Bürokratie. Er ist gegen die Einführung von Kontingenten, also die Festlegung von Leistungsmengen. Man lässt dem Spital Wallis auch zu wenig Spielraum für die Erarbeitung von finanziellen Mitteln für wichtige Investitionen.

«Weichenstellung für die Spitalpolitik»

Für Philipp Matthias Bregy (CVPO) ist es ein «gutes Gesetz», bei dem man sich in der Debatte nur noch mit Kleinigkeiten beschäftigt: «Das ist ein gutes Zeichen. Das Gesetz ist die Weichenstellung für eine Walliser Spitalpolitik mit klaren Strukturen und einer klaren Autonomie.» Er will mehr Kompetenzen für die Regierung bei der hoch spezialisierten Medizin. Bei der Zweisprachigkeit fordert er eine «rasche Weichenstellung». Für Kommissionspräsident Patrice Vernay (FDP/Liberale) ist das Gesetz ein «intelligenter Kompromiss», der nun rasch in Kraft treten sollte. Auch Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten gibt sich zuversichtlich, dass das Gesetz diesmal ins Ziel kommen sollte. Es gibt keine Einschränkung der Leistungen. Sie unterstreicht nochmals und eindringlich die grosse Bedeutung der hoch spezialisierten Medizin für das Spital Wallis. **hbi**

Zufrieden. Für Irmina Imesch-Studer (links, neben Marylène Volpi Fournier) geht das neue Gesetz in die richtige Richtung. FOTO WB

Dekret verlängert

Das Referendumsbegehren gegen das Gesetz über die Langzeitpflege wurde vom Grossen Rat in der Dezember-Session 2013 angenommen. Dieses Gesetz wird dem Volk am 18. Mai 2014 zur Abstimmung unterbreitet. Das am 31. Dezember 2013 ausgelaufene Dekret über die Finanzierung der Langzeitpflege vom 5. Mai 2010 muss verlängert werden. Dieses Dekret wird rückwirkend auf den 1. Januar 2014 in Kraft treten. Es wird bis zum 31. Dezember 2015 verlängert.
Die Heimbewohner müssen sich also auch 2014 nicht an den Pflegekosten beteiligen. Und auch die Gemeinden werden 2014 nicht zur Kasse gebeten.

Paul Biffiger vereidigt

Paul Biffiger aus St. Niklaus wurde zu Beginn der Session vereidigt. Der Zaniglaser Gemeinde-Vizepräsident ersetzt seinen SVP-Parteikollegen Hans Zurbriggen, der sein Mandat auf Ende 2013 zur Verfügung stellte. **hbi**